

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 3000 Mark für einen Monat ohne die Post / Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
 Gebühr für Zustellung / Es ist nur Postbezug zulässig / Das einzelne Exemplar kostet 400 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 1. August 1923

Nummer 71

Neue Lohnreglung

In Anbetracht der sich überfüllenden Teuerung hat der Verbandsvorstand schon am vergangenen Donnerstag, gelegentlich des Zusammentritts der Unterkommission zur Beratung und Aufstellung von Richtlinien für die künftige Wertbeständigkeit der Entlohnung auch in unserm Gewerbe dem Deutschen Buchdrucker-Verein den dringenden Antrag unterbreitet, für die noch bis zum 3. August laufende Lohnperiode eine angemessene Erhöhung des gegenwärtigen Lohnes seine Zustimmung zu geben. Der Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins erklärte sich bereit, diesen Antrag dem Vorstand seiner Organisation sofort zur Kenntnis zu bringen; zu einer vorüberigen Entscheidung hielten sich die anwesenden Prinzipalsvertreter nicht für berechtigt. Inzwischen hat der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins zu dem Antrag unseres Verbandsvorstandes Stellung genommen und dessen Berechtigung anerkannt. Nach telegraphischer Umfrage bei den zuständigen Prinzipalsvertretern teilte der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins unserm Verbandsvorstande mit, daß für die jetzige Lohnwoche eine Erhöhung des tariflichen Spitzenlohnes um 200 000 M. zur Auszahlung kommen soll, und daß die Sonderzulage für das besetzte Gebiet des Kreises II von 17% auf 20 Proz. erhöht werden soll. Danach kommen zunächst für die Lohnwoche vom 27. Juli bis 3. August auf die in Nr. 69 des „Korr.“ abgedruckten Gehilfenlöhne noch folgende Erhöhungen in Betracht:

Ortsauschlag	Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre)		Lohnklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren)		Lohnklasse A (Gehilfen bis 21 Jahre)		Neuangekehrte (im 1. Gehilfenjahre)
	Verheirat.	Ledige	Verheirat.	Ledige	Verheirat.	Ledige	
0	160 000	154 000	152 000	146 000	140 000	134 000	115 000
2 1/2	184 000	178 000	176 000	170 000	164 000	158 000	138 000
5	188 000	182 000	180 000	174 000	168 000	162 000	142 000
7 1/2	172 000	166 000	164 000	158 000	152 000	146 000	124 000
10 1/2	176 000	170 000	168 000	162 000	156 000	150 000	127 000
12 1/2	180 000	174 000	172 000	166 000	160 000	154 000	130 000
15	184 000	178 000	176 000	170 000	164 000	158 000	132 000
17 1/2	188 000	182 000	180 000	174 000	168 000	162 000	135 000
20	192 000	186 000	184 000	178 000	172 000	166 000	138 000
22 1/2	196 000	190 000	188 000	182 000	176 000	170 000	141 000
25	200 000	194 000	192 000	186 000	180 000	174 000	144 000

Die Sonderzulage für den Kreis II mit 20 Proz. wird berechnet, indem man den tariflichen Gesamtlohn ohne Sonderzulage (Nr. 69 des „Korr.“) und die vorstehende Erhöhung je nach Lohn- und Ortsklasse addiert, dann die Gesamtsumme durch 5 teilt; das Ergebnis dieser Rechnung bildet die Sonderzulage.

Für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen muß sich auch diese Erhöhung in gleicher Weise wie bisher nach dem für sie maßgebenden Reichstafel ab.

Die Verhandlungen der nach dem letzten Schiedsspruch des Bezirksarbeitsrichtungsamtes vom 19. Juli d. J. vorgesehene Kommission zur Bestimmung über einen Maßstab, nach dem sich nach Ablauf des heutigen Lohns die weitere Lohnbemessung zu regeln hätte, führten jedoch bis jetzt noch zu keiner Verständigung, da die Prinzipalsvertretung einer klaren Festlegung bestimmter und ausschließlich maßgebender Richtlinien für die zukünftige Lohnbemessung nach dem Reichsindex sowie einem Ausgleich für die nach der Feststellung des letzteren bis zur jeweiligen Lohnzahlung in Frage kommenden weiteren Verteuerung der Lebenshaltungskosten ihre Zustimmung nicht geben wollte; die Prinzipalsvorschlüsse selbst blieben weit hinter dem zurück, was unter dem Gedanken einer gerechten Wertbeständigkeit der Entlohnung zu verstehen wäre.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe trat die Tariffkommission heute (1. August) zusammen. Über das Ergebnis ihrer Beratungen können wir daher erst in nächster Nummer berichten.

Von einer besonderen Beleuchtung der erforderlichen Notwendigkeiten, die den diesmaligen Verhandlungen der Tariffkommission aufzuerlegen sind, sehen wir ab. Der Worte sind schon mehr als genug gewechselt worden. Auch die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe werden sich endlich dazu bequemen müssen, den Arbeitern ihrer Betriebe einen Lohn zu zahlen, der ihnen die Erhaltung ihrer Lebens- und Arbeitskraft gewährleistet. Wir bestreiten mit aller Entschiedenheit nach wie vor die Richtigkeit der von Prinzipalsseite von jeder

geltend gemachten Unmöglichkeit zur Erfüllung der Forderungen der Arbeiterschaft des Gewerbes. Mit dieser Irreführung der Öffentlichkeit durch die Unternehmer des Buchdruckgewerbes muß endlich Schluss gemacht werden. Auch das Buchdruckgewerbe nimmt, wie wir in voriger Nummer nachgewiesen haben, von seinen Auftraggebern Preise, die eine den Zeit- und Teuerungsverhältnissen angemessene Bezahlung der gewerblichen Arbeitskräfte durchaus ermöglichen, und zwar in allen Fächern des Gewerbes. Wir verkennen dabei keineswegs die Schwierigkeiten der rechtzeitigen und genügenden Geldebeschaffung; aber das sind Erscheinungen, die weder die Arbeiterschaft des Gewerbes noch deren Organisationsvertreter zu verantworten und zu überwinden haben. Es sind Schattenseiten der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, die auch von den Unternehmern in unserm Gewerbe als die zweckmäßigste und angeblich vernünftigste immer noch verteidigt und hochgehalten wird. Gerade in der Lohnfrage ergibt sich aber der Beweis ihrer Unhaltbarkeit und Vernunftlosigkeit. Denn hier zeigt sich eine „Zahlungsunfähigkeit“, die nur dadurch hervorgerufen ist, daß die Erträgnisse des Gewerbes nicht in einwandfreier Weise auf die jeweiligen Herstellungskosten umgelegt, sondern zur Anschaffung von Sachwerten verwandt werden, die den eigentlichen Produktionskosten in gleichem Verhältnis widersprechen, wie die Entlohnung der menschlichen Arbeitskräfte bisher entwertet und gedrückt worden ist. Auf diesem Wege der privatkapitalistischen Bewahrung der Arbeiterschaft sind wir auch in unserm Gewerbe an einen Punkt gekommen, der mit eherner Notwendigkeit zur Umkehr zwingt. Die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes und ihre Organisationsvertreter sehen es ab, auf diesem Wege noch weitere Opfer zu bringen!

Verhältnis zwischen Buchdruckerlohn und Reichsindexziffer in den Jahren 1913, 1921, 1922 und 1923.

Reichsindex (Wochenindex)	Vielfaches der Friedenszeit	Tariflicher Buchdruckerlohn (Klasse C, Verteilte über 24 Jahre bei 25 Proz. Ortsauschlag) Wochenindex	Vielfaches des Buchdruckerlohns zur Reichsindexziffer bezug auf die Friedenszeit 1913=100	Senkung des Buchdruckerlohns gegenüber dem Frieden in Proz.
100	1	100	100	0
1190	12	1291	1291	26
1901	20	1084	70	30
2410	24	2300	65	35
2870	29	2000	59	41
3450	34	2040	59	41
3903	39	3600	70	30
4147	41	4224	75	25
5392	54	5280	70	30
7705	78	6240	65	35
13319	133	6680	50	50
22066	221	10900	109	9
44010	440	31200	70	30
63506	635	59940	59	41
112000	1120	76000	67	33
264300	2643	133000	50	50
285400	2854	25000	27	73
293400	2934	28000	27	73
381600	3816	34900	35	65
763000	7630	70000	70	30
16180	1618	32000	57	43
21511	2151	33000	57	43
28862	2886	50000	50	50
36336	3633	58000	58	42
44338	4433	94000	94	6
50329	5032	94000	94	6

Von hier ab nur noch Wochenindex.
 * Zur schätzungsmäßigen Annahme nach der vorstehenden Reichsindexziffer mit einem Ausgleichszuschlag von 10 Proz. der Steigerung der beiden letzten Reichsindexziffern.
 * Ebenfalls zur schätzungsmäßigen Berechnung, und zwar nach der vorstehenden Reichsindexziffer mit einem Ausgleichszuschlag von 10 Proz. der Steigerung nach den beiden letzten reichsamtlichen Prozentsätzen.
 Bei Beurteilung vorstehender Ziffern ist besonders zu beachten, daß der Friedenslohn Goldmarkwert hatte, während der heutige Lohnwert darstellt.

Der Jahresbericht des Verbandes

Erster als sonst kommen wir in diesem Jahre dazu, dem Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstandes über das verfloßene Geschäftsjahr eine Besprechung zu widmen. Andre Aufgaben, die zusammenhängen mit dem aufs äußerste erschweren Existenzkampf der Gehilfenlast, verhinderten uns bisher daran.

Wie im vorhergehenden Jahre, so bildete auch im Berichtsjahre 1922 die Verbesserung der Wohnverhältnisse das Hauptaufgabengebiet der Organisation. Die nachhaltige Vertretung der Interessen der Gehilfenlast stellte an die Kernkraft und die geistige Elastizität der Organisationsleitung nicht geringe Anforderungen. Konnte es im Bericht über 1921 noch als ein Lichtblick bezeichnet werden, daß neben all den andern Nöten der Zeit nicht auch noch Arbeitslosigkeit und Verkürzarbeiten in größerem Umfange vorberstehen, so muß leider von dem Berichtsjahre 1922 gesagt werden, daß Arbeitslosigkeit und Verkürzarbeiten immer stärker in Erscheinung traten. Die Auftragserteilung ging überall zurück, die hohen Papierpreise wirkten lähmend nicht nur auf das Zeitungs-gewerbe, sondern auf das gesamte Buchdruckergewerbe ein, und so erfolgten allenthalben Zeitungs- und Betriebs-einstellungen und Einschränkungen. Durch die Geldentwertung und die damit verbundene gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten erfuhren all die Räte, die seit dem unheilvollen Kriege schon jahrelang durchgefostet werden mußten, noch eine weitere Verschärfung. In chronologischer Reihenfolge wird im vorliegenden Rechenschaftsbericht über alle Vorgänge auf dem Lohngebiet ausführlich berichtet. Hier ist alles das, was sich während der dreizehnmaligen Lohnverhandlungen in der Zeit von Ende März 1922 bis Ende März 1923 ereignete, festgehalten. Wohnlöhne und tarifliche Zuschläge sind in einem Anhang siffernmäßig übersichtlich zusammengestellt.

Die auf eine Neugestaltung des Tarifs abzielenden Verhandlungen vom 20. November bis 19. Dezember 1922 bilden ein ausführliches Kapitel im Rechenschaftsbericht, auf das näher einzugehen wir uns verlagern müssen. Zusammenfassend heißt es am Schlusse dieses Abschnittes:

Die seit dem Jahre 1896 bestehende Tarifgemeinschaft hat mit Ende des Jahres 1922 zu existieren aufgehört. An ihre Stelle ist ein Organisations-tarif getreten. Damit ist eine Institution aus dem Buchdruckergewerbe verschwunden, die, bei ihrer Gründung stark umstritten, sich aber ihren Platz errungen und die während des 26jährigen Bestehens erprießlich im Interesse des Gewerbes wie der beiderseitigen Tarifkontrahenten gearbeitet hat. Mit dem Aufhören der Tarifgemeinschaft und dem Eingehen der bisherigen Tarifinstanzen hat auch der langjährige Geschäftsführer der Tarifgemeinschaft und des Tarifamts, Kollege Schliebs, seinen Platz verlassen und sich einen andern Wirkungskreis gesucht. Es ist hier nicht der Ort, näher auf die Tätigkeit der Tarifgemeinschaft und insbesondere auf das Wirken des Kollegen Schliebs einzugehen, der wärmste Dank soll aber wenigstens hier zum Ausdruck gebracht werden für all das, was Kollege Schliebs in den langen Jahren für das Gewerbe und nicht zuletzt auch für die Gehilfenlast getan hat. Dies alles wird nicht vergessen werden. Die besten Wünsche begleiten ihn auch deswegen auf seinem ferneren Lebensweg.

Allen wichtigeren Vorgängen im Organisationsleben des Vorjahres, a. B. der Verbandsgeneralversammlung, der Gauvorsteherkonferenz, dem Gewerkschafts-kongress, der Gemeinschaftsarbeit im Gravischen Bund, dem Wirken der Lehrlingsabteilung, sind mehr oder weniger größere Abschnitte im Jahresbericht gewidmet.

Die zunehmende Verschlechterung des Beschäftigungsstandes im Buchdruckergewerbe gab dem Verbandsvorstande im Vorjahre Veranlassung, in Verbindung mit dem Berliner Gauvorstande und unter Mitwirkung der Berliner Arbeitslosenräte alle nur irgendwie erfolgversprechenden Schritte zu tun, um die Notlage der Arbeitslosen zu mildern. In einer Reihe von Eingaben und persönlichen Verhandlungen wurden alle zuständigen Behörden und Reichsstellen sowie hervorragende Politiker mit dem Notstand der Buchdrucker bekannt gemacht und dringend Hilfe durch entsprechende Maßnahmen verlangt, die nach verschiedener Richtung sich erstrecken mußten. Die Verlängerung der Erwerbslosenfürsorge für Buchdrucker über die Dauer von 26 Wochen hinaus einschließlic der Ledigen wurde als erste Maßnahme gefordert. Diesem Verlangen ist schließlich durch Verordnung des Reichsarbeits-ministers auch Rechnung getragen worden. Auf die Beseitigung un-gerechtfertigter Särten bei der Anwendung der Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge ist ebenfalls hingewirkt worden. Alles dies aber konnte nur Abhilfe für die dringendste Not sein. Darüber hinaus war das Ziel der Bemühungen des Verbandsvorstandes auf die Über-führung von geeigneten Arbeitskräften in andre Berufe, Öffnung der Nachweise für Angelebte und Umschulung mit Unterstützung durch Staatsmittel gerichtet. Die Besetzung des Buchdruckergewerbes behörd-licherseits durch Herausgabe von zurückgehaltenen Aufträgen zu för-dernde, ferner auch die Bedienung neuzeitlicher Druckapparate und Ver-vielfältigungs-maschinen bei Behördenstellen in erster Linie arbeits-losen Buchdruckern zu übertragen und in Staatsverwaltungsdruckereien keine weiteren feuerkundlichen Kräfte mehr unterzubringen, alles das waren vom Verbandsvorstand energisch vorgeschobene Forderungen, die bei den Verhandlungen in den Vordergrund gehoben wurden. Die Organisationsleitung wird auch weiterhin nichts unversucht lassen, um den Arbeitslosen in ihrer schwierigen Lage helfend beizustehen. Soffi-

darische Pflicht aller noch voll arbeitenden Kollegen aber wird es sein müssen, mit allen Mitteln diejenigen zu stützen und vor willkürlicher Vertilgung zu bewahren, die von einem widrigen Geschick zur Untätigkeit verurteilt sind.

Im Anschluß daran wird das Beitrags- und Unter-stützungswesen ausführlich erörtert, das von der Leipziger Ver-bandsgeneralversammlung auf eine völlig neue Grundlage gestellt wurde. Der Beitrag sollte danach nach dem jeweiligen Lohn festge-setzt und mindestens in Höhe eines Stundenlohnes erhoben werden. Die Unterstützungs-sätze wiederum sollten das Mehrfache des jeweiligen Beitrages betragen. Die Annahme des Verbandsparlamentes, daß die festgesetzten Beiträge und Unterstützungen immer für ein Vierteljahr Geltung haben könnten, erwies sich jedoch als nicht durchführbar. Sie mußten vielmehr von Monat zu Monat erhöht werden. Daran wurde aus verwaltungstechnischen Gründen auch dann festgehalten, als die Lohnregelung für noch kürzere Perioden erfolgte. Durch die Anwen-dung des neuen Systems unter den völlig anders gelagerten und nicht voraussehenden Verhältnissen ergaben sich für die Verbands-kasse bald erhebliche Schwierigkeiten. Während die Summen für die erhöhten Unterstützungen immer sofort zur Verfügung stehen mußten, gingen die erhöhten Beiträge, deren Vorhandensein in den Kassen die Voraussetzung schaffen sollte für das Ausschalen höherer Unterstützun-gen, erst später ein. Es mußten also Reserven geschaffen werden. Zu diesem Zwecke ergab sich die Notwendigkeit, die Unterstützungs-sätze je-weils immer nach der ungefähren Beitragshöhe des Vormonats ab-zustufen.

Weiter kommt der Verbandsvorstand in seinem Geschäftsbericht auf den vor Schluss des vergangenen Jahres erfolgten Anlauf einer Leipziger Druckerei zu sprechen und in Verbindung damit auf die Lösung des langjährigen Vertragsverhältnisses mit der Firma Kadell & Gille in Leipzig, die seit 1889 den „Korrespondent“ zu allgemeiner Zufrieden-heit gedruckt hatte. Seit 1. Januar 1923 erfolgt die Drucklegung des Verbandsorgans in veränderten Format in der „Buchdruckwerkstätte“, G. m. b. H.

Von Vertretern des Verbandsvorstandes wurden im Berichtsjahre in zahlreichen Orten Referate erstattet, außerdem wurde eine Reihe von Konferenzen und Gantagen besichtigt. Am Schlusse des Jahres 1922 setzte sich der Verbandsvorstand aus folgenden Kollegen zusammen: Joseph Seitz, erster Vorsitzender; Otto Kraut, zweiter Vorsitzender; Bruno Schweinitz, Kassierer; Robert Glaser, Hauptverwalter; Albrecht Gille, Otto Höhne und Paul Hannack, Sekretäre; R. Barth, D. Brün-ner, D. Fiedler und W. Kiesebed, Handsekreter; G. Dörband, G. Flaschmann, A. Grams, A. Lehmpuhl und A. W. Schmidt, Sparten-vertreter.

Zusammenfassend wird vom Verbandsvorstand am Schlusse des Ber-richts darauf hingewiesen, daß der gesamten Gewerkschaftsbewegung und nicht zuletzt auch unserer Organisation im vergangenen Jahre ein gerühmter Maß von Arbeit und Sorgen beschieden war. Wörtlich heißt es im Anschluß daran:

Das neu erstarkte Unternehmertum rüttelte an so manchen Errungenschaften der Revolution, der Achtstundentag sollte beseitigt oder wenigstens stark eingeschränkt werden. Zu der mehr und mehr in Erscheinung tretenden Geldentwertung, die andererseits wieder forgesetzte Lohnverhandlungen und Lohnserhöhungen bedingte, ge-fellten sich dann Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in großem Um-fange. Kein Wunder, daß Erbitterung und Unzufriedenheit mit den gegebenen Verhältnissen überall hervortrat, sich hier und dort einmal Luft machte und das manchmal auch Äußerungen von Mit-gliedern oder Beschülften von Mittelbeschäftigten laut wurden, die in völliger Verkennung der Sachlage die Gewerkschaften für Dinge verantwortlich machten, für die sie einfach nicht verantwortlich ge-macht werden konnten. Was von den Gewerkschaften unter den ge-gebenen Verhältnissen getan werden konnte, ist auf allen Gebieten getan worden, dessen dürfen die Mitglieder sicher sein, aber zur radikalen Änderung und Besserung der bestehenden Verhältnisse reicht auch die Kraft und die Macht einzelner wie der gesamten Ge-werkschaften nicht aus. Es darf nicht übersehen werden, daß die Ge-staltung der Verhältnisse oft von Dingen veranlaßt oder beeinflusst wird, auf die die Gewerkschaften wenig oder gar keinen Einfluß haben.

Wenden wir uns nun dem statistischen Teile des Jahres-berichts über 1922 zu, und zwar zunächst der Mitgliederbewe-gung. Hier wirkte sich die schwierige gewerbliche Lage im Berichtsjahre siffernmäßig deutlich aus. Am 1. Januar 1922 betrug die Mit-gliederzahl 75 547; sie erreichte am 30. Juni infolge des noch leid-lichen Geschäftsganges ihren höchsten Stand mit 76 940 und ging dann bis zum Jahres-schlusse auf 72 976 zurück. Es war also ein effektiver Mitglieder-rückgang um 2571 eingetreten. Dieser Rückgang ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß viele Gehilfen gezwungen waren, sich außerberuflicher Beschäftigung zuzuwenden. Wie die Be-wegungsstatistik ausweist, fanden im Berichtsjahre 4347 Berufsaus-gängen nur 651 Mitglieder gegenüber, die sich nach außerberuflicher Beschäftigung wieder dem Berufe zuwandten, es sind also 3696 Mit-glieder mehr abgewandert als zurückgekehrt. Dazu kommen noch Be-rufs-abwanderungen unter den als „abgereist“, „ausgetreten“ und „ausgeschlossen“ aufgeführten Mitgliedern, die die entsprechende Ab-meldung unterließen. Schätzungsweise sind im Jahre 1922 von dem Beruf abgegangen rund 6500 Mitglieder. Damit ist die Zahl der in den letzten vier Jahren in andre Berufe abgewanderten Mitglieder

auf rund 17 700 gestiegen. Unter den am Jahreschluss gezählten 72 976 Mitgliefern befanden sich weitere 4000, die in andern Berufen tätig sind, nach wie vor aber ihre Beiträge zum Verband entrichten. Eine Mitgliederzunahme hatten nur die Gauen Berlin, Danzig, Leipzig und Württemberg zu verzeichnen, in den übrigen Gauen gingen die Mitgliederzahlen zurück. In der Lehrlingsabteilung des Verbandes ist ebenfalls ein Rückgang eingetreten, nämlich von 10 600 auf 9762. Dieser Rückgang ist teils auf eine verminderte Lehrlingseinstellung, teils auf Berufswechsel zurückzuführen, der besonders in den letzten beiden Quartalen ziemlich erheblich war. Den stärksten Berufswechsel unter den Lehrlingen wiesen die Gauen Bayern, Mittelrhein, Ober-, Rheinland-Westfalen, An der Saale und Thüringen auf. Die Zahl der Druckorte, wo Mitglieder beschäftigt waren, ging infolge des Einziehens einer Reihe von kleinen Provinzialblättern resp. des gesteigerten Bezugs von Matern von 1863 auf 1585 zurück, in der Lehrlingsabteilung von 1171 auf 1059 Druckorte.

An Arbeitslosentagen am Ort und auf der Reise wurden insgesamt 823 659 gezählt. Die Arbeitslosigkeit betrug in den einzelnen Quartalen des Vorjahres 1,8, 1,9, 2,9 und 5,5 Proz. Hierin kommen aber Kurzarbeit und Berufsabgänge (die allein im vierten Quartal auf 4000 geschätzt werden) nicht zum Ausdruck. Hätte sich die Industrie für einen Teil unserer Arbeitslosen nicht als aufnahmefähig erwiesen, so daß diese im Beruf geführt werden mußten, so hätte ohne Berücksichtigung der Kurzarbeit im vierten Quartal die Arbeitslosenziffer rund 10 Proz. betragen. Über den Ausfall an Arbeitstagen infolge Kurzarbeit fehlt es infolge mangelhafter Berichterstattung besonders aus den Großstädten an zuverlässigen Angaben. Nach den allmonatlichen Berichtskarten für das Reichsamt für Arbeitsvermittlung waren am 31. März 1923 in 1061 Betrieben 10 000 Kurzarbeiter vorhanden. An Unterstützungstagen am Ort und auf der Reise wurden insgesamt 663 850 gezählt (gegen 460 794 im Jahre 1921). Die Arbeitslosenunterstützung verursachte eine Ausgabe von rund 23 908 758 M. (gegen 1 500 445 M. im Vorjahre). Ausgesteuert wurden in der Arbeitslosenunterstützung am Orte 1011 Mitglieder (gegen 541 im Vorjahre). An Kurzarbeiter wurden im vierten Quartal 1922 (die Bestimmungen traten am 1. Oktober 1922 in Kraft) für 31 535 Tage Unterstützung gezahlt.

Streik- und Gemahregelunterstützung wurden an 877 Mitglieder für 26 525 Tage gezahlt (gegen 1224 Mitglieder und 21 795 Tage im Vorjahre). Die Bewegung in Ostpreußen erforderte allein 12 168 Streiktage an 107 Mitglieder. Die Gemahregelunterstützung erforderte insgesamt 2 257 725 M.

Umsatzbeihilfen wurden an 332 Mitglieder (gegen 401 im Vorjahre) gewährt. Der abermalige Rückgang läßt erkennen, daß die ins Ungeheure gesteigerten Frachten und der Wohnungsmangel die Preiswürdigkeit nahezu zum Erliegen bringen.

Die Krankenziffer sowie die durchschnittliche Krankheitsdauer bewegen sich infolge der leidigen Lausache, daß sich die Mitglieder aus wirtschaftlichen Beweggründen nur im allerdinglichsten Falle zur Krankmeldung entschließen, seit vier Jahren bereits in rückläufiger Kurve. Im Berichtsjahre wurden 537 426 Krankentage (gegen 590 106 Tage im Vorjahre) gezählt. Auf einen Krankheitsfall entfielen im Durchschnitt 25 Tage (gegen 29 Tage im Vorjahre). Das Prozentverhältnis der Krankentage zum Mitgliederstand beträgt 2 Proz. (gegen 2,17 Proz. im Vorjahre); mit dieser Ziffer ist die niedrigste Krankenprozentziffer registriert worden. Die steigende Arbeitslosigkeit hat ein Steigen der Krankentage nicht zur Folge gehabt, diese sind vielmehr im vierten Quartal noch um 4600 Tage zurückgegangen. Für 507 140 Unterstützungstage (94,3 Proz. aller Krankentage) wurden rund 10 117 587 M. an Krankengeld verausgabt. Der Invalidenstand besifferte sich zu Beginn des Berichtsjahres auf 1067. Einem Gesamtzugang im Laufe des Jahres von 105 Invaliden stand ein Abgang von 117 Invaliden gegenüber. Am Jahreschluss waren 1075 Invaliden vorhanden; 25 davon standen im Alter von über 80 Jahren. Für 379 383 Unterstützungstage waren aus der Hauptklasse 5 866 530 M. erforderlich. Der an mehreren Orten behördlicherseits unternommene Versuch, die Verbandsunterstützung auf die staatlichen Zuschüsse zur Invalidenrente anzurechnen, konnte mit Erfolg abgewehrt werden. An Sterbefällen waren 641 (1921: 554) zu verzeichnen, davon entfielen auf steuernde Mitglieder 556, auf Invaliden 85. Das gezahlte Sterbegeld belief sich auf 1 962 150 M.

Aus dem sehr überschüssigen Kassenbericht sei nur noch hervorgehoben, daß die Gesamteinnahmen der Verbandskasse einschließlich eines Saldovorschlages vom 31. März 1922 in Höhe von 27 735 772 M. insgesamt 171 227 685 M. betragen. Nach Abrechnung der Gesamtausgaben verblieb am 31. März 1923 ein Saldo von 46 140 057 M. Das Verbandsvermögen belief sich auf 100 486 870 M.

Die in einem Anhang zum Kassenbericht siffernmäßig ausgewiesenen Gesamteinnahmen der Gau-, Bezirks- und Ortsvereine sowie der Zentralkommissionen der Sparten betragen 63 932 663 M., die Gesamtausgaben dagegen 61 146 250 M. (Die Mittelergänzung für Verwaltungszwecke aus der Verbandskasse erreichte im Vorjahre den Betrag von 20 977 000 M., gegen 2 524 464 M. im Vorjahre.)

Unter Einrechnung des Vermögens der vorerwähnten Nebenkassen im Betrage von 11 853 111 M. belief sich der Vermögensbestand der Gesamtorganisation auf 112 339 931 M.

Bei diesen Stichproben aus dem Geschäftsbuch des Verbandsvorstandes über das Jahr 1922 möge es hier sein Bewenden haben,

da selbst eine noch so ausführliche Besprechung niemals den Eindruck zu vermitteln vermag, den man durch persönliches Studium eines solchen Berichts empfängt. Es handelt sich dabei um ein Dokument eines wichtigen Zeitabschnittes fleißiger Organisationsarbeit, das durch die Berichte der einzelnen Gauvereine, der Zentralkommissionen sämtlicher Sparten und des Bildungsverbandes eine wertvolle Ergänzung erfährt. Ein Jahresbericht von der Art des hier besprochenen gehört in die Hand jedes Verbandsmitgliedes, selbst dann, wenn dafür etwas bezahlt werden muß, denn es geht aus seinem Inhalt unüberleglich hervor, wie notwendig die Organisation ist, um die Mitglieder wenigstens vor der größten Not zu schützen, und mit welcher Hingabe und Fähigkeit die Organisationsleitung die Interessen der Mitglieder vertretet hat.

Verbandsbeitrag 20000 M.

in der 31. Beitragswoche (vom 29. 7. bis 4. 8. 1923)
Dazu kommen noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge. Über Berechnung und Ausnahmen für Gewerkschafts- und Sozialdenkassemitglieder siehe die Bekanntmachung in Nr. 68 u. 70 des „Korr.“

Wertbeständige Löhne

Die auf die Einführung wertbeständiger Löhne hinstrebenden Verhandlungen der Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern und den interessenvertretenden Behörden sind bekanntlich resultatlos verlaufen. Es ist nicht möglich gewesen, eine Formel zu finden, die in dieser Frage alle Teile befriedigt hätte. Damit ist eine Anschauung bestätigt worden, die ich bereits vor Monaten im „Korr.“ vertreten habe. Die Mängel der Reichsindexziffer werden selbst durch die beabsichtigte „Veredlung“ dieser Ziffer nicht so weit beseitigt werden können, daß sie als einwandfreie Grundlage für die Entlohnung dienen kann. Unbedingte Voraussetzung für eine solche Ziffer, ganz gleich, durch welche Methode sie zustande kommt, muß sein, daß sie jedem unläuteren Einfluß entzogen ist und ihre Feststellung durch die Arbeiterschaft unmittelbar kontrolliert werden kann. Bei der geplanten Verbesserung der Reichsindexziffer scheint weder die eine noch die andre dieser Voraussetzungen beabsichtigt zu sein. Das von den Berliner Metallindustriellen aus Anlaß der Beendigung des letzten Metallarbeiterstreiks an ihre Mitglieder versandte Geheimzirkular zwingt zu der gegenteiligen Annahme.

Nach wie vor halte ich deshalb für die Einführung wertbeständiger Löhne die Heranziehung der Preise maßgebender Produkte, in erster Linie Getreide und Kohle, für allein erfolgversprechend; schon im Hinblick auf die guten Erfahrungen der Industrie und der Landwirtschaft, die beide die Wertbeständigkeit der angeführten Produkte in den Dienst ihrer geschäftlichen Transaktionen gestellt haben.

Als Ausgangspunkt für die Einführung der angeregten Entlohnungsart würde zunächst der Wert von zwei Zentnern Roggen und fünf Zentnern Kohle (Briketts) anzusetzen sein. Die angelegte Getreidemenge soll etwa die Lebensmittel, die Kohlenmenge die Ausgaben für Gebrauchsgegenstände decken; bei beiden Positionen muß ein Überschub für die allgemeinen Ausgaben (Miete usw.) bleiben. Jede Preiserhöhung dieser Produkte muß sich unmittelbar am nächsten Lohnzahlungstage auf die Entlohnung auswirken. Demgemäß würde sich die Entwicklung der Entlohnung von dem Lohnabkommen vom 23. Juni bis zu dem Lohnabkommen vom 20. Juli in unserm Gewerbe folgendermaßen gestalten haben:

Am 23. Juni betrug der Epikenslohn	398 000 Mark
Roggenpreis (zwei Zentner) am 23. Juni	340 000 Mark
Kohlenpreis (fünf Zentner) am 23. Juni	465 000 Mark
mithin Steigerung bzw. Zulage	125 000 Mark
Am 29. Juni hätte der Lohn betragen	461 000 Mark
Roggenpreis (zwei Zentner) am 4. Juli	600 000 Mark
mithin Steigerung bzw. Zulage	135 000 Mark
Kohlenpreis (fünf Zentner) am 26. Juni	121 000 Mark
Kohlenpreis (fünf Zentner) am 4. Juli	140 000 Mark
mithin Steigerung bzw. Zulage	19 000 Mark
Am 4. Juli hätte der Lohn betragen	615 000 Mark
Roggenpreis (zwei Zentner) am 7. Juli	725 000 Mark
mithin Steigerung bzw. Zulage	125 000 Mark
Kohlenpreis (fünf Zentner) am 9. Juli	243 000 Mark
mithin Steigerung bzw. Zulage	103 000 Mark
Am 7. Juli hätte der Lohn betragen	848 000 Mark
Roggenpreis (zwei Zentner) am 11. Juli	1 065 000 Mark
mithin Steigerung bzw. Zulage	340 000 Mark
Am 11. Juli hätte der Lohn betragen	1 183 000 Mark
Roggenpreis (zwei Zentner) am 14. Juli	900 000 Mark
mithin Rückgang bzw. Abzug	105 000 Mark
Am 14. Juli hätte der Lohn betragen	1 078 000 Mark
Roggenpreis (zwei Zentner) am 18. Juli	1 050 000 Mark
mithin Steigerung bzw. Zulage	99 000 Mark
Kohlenpreis (fünf Zentner) am 18. Juli	302 000 Mark
mithin Steigerung bzw. Zulage	50 000 Mark
Am 18. Juli hätte der Lohn betragen	1 227 000 Mark
Roggenpreis (zwei Zentner) am 21. Juli	1 450 000 Mark
mithin Steigerung bzw. Zulage	223 000 Mark
Am 21. Juli hätte der Lohn betragen	1 677 000 Mark

Die Roggenpreise sind Durchschnittspreise und den amtlichen Berliner Preisstellungen entnommen; der höchste und der niedrigste Preis wurden zusammengezogen. Die Kohlenpreise wurden auf volle tausend Mark abgerundet. Als Daten wurden zunächst der Preis für Kohlenwerkstoffe (20 Zentner) und ebenso der Mittelpreis und der Gesamtpreis jeder Sorte benutzt. Einer anderen Vorgehensweise würde natürlich nichts im Wege stehen.

Die angerogene Methode hat den Vorteil, daß sich der Lohn unmittelbar der Teuerung anpaßt. Man kann diese Methode für zentrale wie für bezirksweise oder lokale Lohnvereinbarungen anwenden. Bei zentraler Lohnvereinbarung würde im Buchdruckgewerbe das Ergebnis der drei größten Städte als Spitzenlohn einzuführen sein; aus diesem würden dann in der gleichen Weise wie bisher die übrigen Löhne errechnet werden. Eine Lohnvereinbarung nach Wirtschaftsbezirken würde vielleicht auch unter den gegenwärtigen Umständen zentraler Vereinbarungen Befürworter finden, denn gerade die aus ländlichen Bezirken — so kürzlich aus Ostpreußen — gemeldete Steigerung der Preise würde dann Berücksichtigung finden.

Anspruch ist es natürlich, anzunehmen, daß umfangreiche Getreideexporte aus dem Auslande Konjunkturschwankungen hervorzurufen und damit störend auf die Lohngestaltung wirken würden, oder daß gar die Landwirte den Roggen und die Grubenbesitzer die Kohle billiger verkaufen würden, um dadurch den Arbeitslohn zu drücken. Eine solche Maßnahme würde ganz naturgemäß eine entsprechende Rückwirkung auf die Gestaltung der Preise der Lebensmittel und Gebrauchsgüter ausüben und könnte uns nur willkommen sein. Die schon oben erwähnte Verwendung des Roggen- und Kohlenpreises als beständigen Wertmesser durch die zweifellos mit größerem Weitblick ausgestatteten Kreise der Industrie und der Landwirtschaft und die Verurteilung insofern überzeichnet der diesbezüglichen Anleihen und Widerlegen am besten diesen Einwand. Eine scharfe Konkurrenz des Auslandes wäre im Gegenteil besonders gegenüber der Landwirtschaft, die in der Lebensmittelversorgung gewissermaßen eine Monopolstellung einnimmt und uns so scharf beim Nadel hat, im Interesse der industriellen Arbeiterschaft nur zu begrüßen.

Nebenbei bemerkt: Auch die Argumente des „Korr.“ gegen die Goldlöhne, für die ich mich allerdings auch nicht erwärmen kann — Entdeckung neuer Goldfelder in Labrador, Zuhilfenahme der Luftschiffahrt bei der Ausbeutung, grundstürzende Änderungen durch gleichbedeutende Fortschritte und Erfindungen in der Chemie usw. — sind denn doch wohl etwas zu weit herbeigeholt. Wenn die Goldfelder wenigstens noch in der Nähe der Pleiße oder der Spree lägen! Und dann wird ja auch kaum eine Lohnvereinbarung bezüglich ihrer Dauer mit einer Unendlichkeitsklausel abgeschlossen werden.

Die Heranziehung weiterer Produkte neben Roggen und Kohle dürfte überflüssig sein. Es gibt, wie schon früher dargelegt, tatsächlich kaum einen Gebrauchsgegenstand, dessen Preis nicht durch den Kohlenpreis beeinflusst wird, von dem direkten Verbrauch der Kohle und ihrer Nebenprodukte (Gas, Koks usw.) im Haushalt ganz zu schweigen. Ebenso beeinflusst der Getreidepreis so ziemlich alle Lebensmittelpreise; er regelt nicht nur den Brotpreis, auch die Preise für Kartoffeln, für Futtermittel und damit wieder die für Milch, Butter, Eier, Fleisch, Fett usw. sind von ihm abhängig. Grundlos erscheint demnach die Befürchtung, daß durch einen umfangreichen Getreideexport seitens Rußlands oder Amerikas der Getreidepreis und damit auch der Arbeitslohn herabgedrückt werden könnte.

Natürlich darf durch den so errechneten Reallohn die elende Lage der Arbeiterschaft nicht etwa stabilisiert werden. Stappenweise muß in neuen Lohnverhandlungen der Reallohn erhöht und das erwähnte Ziel erreicht werden. Da es Kämpfe dabei geben wird, darüber wird kaum ein Zweifel bestehen.

Berlin.

Otto Matio.

Der Grundlohn für die Wertbeständigkeit

Zur Frage der Festsetzung wertbeständiger Löhne gehört vor allen Dingen die Voraussetzung eines genügend hohen Grundlohnes, zu dem die Aufschläge zur Erhaltung der Wertbeständigkeit hinzukommen sollen. Die sogenannte Indexkommission wird darüber befinden, und wenn sie nicht einig wird, dann kommt das Zentralratsamt und diktiert. Vielleicht dürfen einige Zahlen hier schon jetzt dem jeweiligen Verhandlungsförderer auf den Weg mitgegeben werden. Es sind dies die Beamtenegehälter für den Monat Juli für einen un-

Gehaltsgruppe		Anf.-Geh.	End-Geh.
I	Schrankenwärter	2 352 240	3 100 680
II	Postbote	2 548 260	3 468 960
III	Schaffner	2 851 200	3 837 240
IV	Lokomotivheizer	3 130 350	4 205 520
V	Zugführer	3 575 550	4 763 850
VI	Lokomotivführer	4 057 020	5 268 780
VII	Obersekretär	4 633 200	5 989 400
VIII	Inspektor	5 191 560	6 741 900
IX	Oberinspektor	5 833 080	7 603 200
X	Regierungsrat	6 682 500	8 626 160
XI	Regierungsrat	7 585 350	9 901 980
XII	Oberregierungsrat	8 809 020	11 386 980
XIII	Ministerialrat	10 375 000	13 421 400

Der verheiratete Buchdrucker, der voll beschäftigt war, erhält oder erhielt dagegen im Monat Juli in Berlin einen Tariflohn von 2 812 000 M. Rechnet man die 4 Proz. der Löhne davon ab, so ergibt es sich, daß der Buchdrucker unter den Schrankenwärter zu stehen kommt. Das ist ein unwürdiger Zustand! Bei den Beamten kommen nun noch — wie bekannt — Kinder- und

Frauzenzulagen hinzu, und zwar betragen die Kinderzulagen in Berlin im Juli

vom 1. bis 6. Lebensjahre	475 000
vom 6. bis 14. Lebensjahre	534 600
vom 14. bis 21. Lebensjahre	594 000
Die Frauenzulage beträgt allgemein für Juli	249 000.

Diese Sätze stellen die endgültigen Zulagehöhen dar. Und dann ist weiter ganz besonders zu beachten: vom 1. August an tritt eine Erhöhung um 100 Proz. in Kraft! Wo bleiben wir Buchdrucker, wenn das Zentralratsamt weiter in so engherziger Weise unsere Lebensnotwendigkeiten regelt, wenn unsere Prinzipale weiter so engstirnig sind? Es ist hohe Zeit, daß den Buchdruckern wieder ein Lohn wird, der mindestens dem eines Zugführers oder Lokomotivheizers entspricht!

Berlin.

Artus.

Lohnbetrug und Lohnpolitik der Wertbeständigkeit

Unsre schleswig-holsteinische Stadt hat etwa 16 000 Einwohner, liegt im Vorratverkehr von Hamburg und beherbergt eine tüchtige Industrie: Lederfabriken, große Mühlen, einige Werften und zahlreiche andere Werke, wie Metallwarenfabriken, Margarinwerke usw. usw. Viele Arbeiter von hier stehen in Hamburg in Lohn und Brot. Die Preise der Bedarfsartikel stellen sich nach eingehenden Erkundigungen hier teurer als in Hamburg. Unser Ort befindet sich nach den Beamtenegehältern aber in der Klasse B.

Vor mir liegt die amtliche Auslassung über die Zulagehöhen der Bahnbeamten. Ich nehme (bei 13 bestehenden Lohnklassen) als mittleren Maßstab die Klasse 6: Lokomotivführer; sie hat ein Anfangsgehalt von 5 409 360 M. und ein Endgehalt von 7 025 040 M. Das Kindergeld beträgt vom ersten bis sechsten Lebensjahre 633 600 M., vom 6. bis 14. Lebensjahre 712 800 M., vom 14. bis 21. Lebensjahre 792 000 M. Frauenzulage 332 000 M. Wenn ich nun eine Familie von vier Köpfen (also zwei Kinder) von 6 bis 14 Jahren nehme, ergibt sich (für Berlin) ein Anfangsgehalt von 7 087 760 M. und ein Endgehalt von 8 703 440 M. (Wir haben mit den Bezugnahmen auf die Beamtenegehälter schon mehrmals starke Widersprüche unter den Beteiligten erlebt. Man vergleiche hierzu nur den vorstehenden Artikel von Artus, dessen Aufzählung präzis wirkt, der, wie der Elmshorner Kollege, die sozialen Zulagen aber auch extra hinzunimmt. Beide exemplifizieren mit dem Berliner Lokomotivführer für den gleichen Monat! Wir bitten, bei zahlenmäßigen Beweisführungen doch genau zu verfahren. Red.)

Den Kollegen überlasse ich es nun, einen Vergleich zu ziehen zwischen ihrem Juli-lohn und dem Gehalt eines Beamten in mittlerer Stufe. Er fällt nicht allein schlecht aus im Vergleich zu einem Beamten, nein, auch die meisten hiesigen Arbeiter, sogar die ungerenteten, lachen über unsre erbärmlichen Löhne; man schämt sich, seinen eigenen Stundenlohn zu nennen. Wem ist da vor uns noch möglich, sich einmal ein Pfund Wurst oder Fleisch und Fett zu kaufen? Nicht genug damit, daß man vegetarisch leben muß, kann man auch nicht daran denken, sich ein Stück Kleidung oder Wäsche anzuschaffen. Lieber heute wie morgen werde ich vom Beruf abgehen, wenn sich mir nur die Gelegenheit bietet, denn unter solch traurigen Verhältnissen verliert man die ganze Lebensfreude.

Doch wir dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken, wir müssen Orts- und Bezirksversammlungen einberufen und unsre Forderungen um bessere Löhne um so nachdrücklicher erheben, da die Prinzipalvertreter in der Tarifkommission wieder mit dem Schwindel kommen, die Buchdrucker ständen mit an erster Verdienststelle, aber dem Schwindelgebäude der gesamten Preispolitik und vor allem der Rauberpolitik der Großverdiener in Kohle und Agrarprodukten im weiten Bogen ausweichen und wie alle Unternehmertreife den bisherigen Lohnbetrug nicht zugeben wollen. Möchten unsre Vertreter mit aller Kraft und Rücksichtslosigkeit einen guten Modus der Lohnwertbeständigkeit durchsetzen. Die Allgemeinheit der Lohn- und Gehaltsempfänger aber muß sich jetzt schon zur Wehr setzen und die Regierung des Großkapitals mobil machen, daß die erst im Anzuge befindlichen wertbeständigen Löhne nicht schon zu einem Preissteigerungsobjekt gemacht werden. Das Händlertum ist mit den Produzentenverbänden bereits auf den Sprung auch noch zu diesem Verbodenen. Die Teuerungsunruhen werden ja einfach provoziert.

Elmshorn.

P. Sch.

Ein Weg aus dem Holze

Wer hinter den Schleier des Chaos heutigen Geschehens zu blicken vermag, sieht die Formen späterer Zustände sich entwickeln. Alles ist Tagelohnarbeit, muß sein, den brutal-tierischen Egoismus unsrer übermaterialistischen Zeit zurückzudrängen und idealistisch-aufbauendes Streben nicht ganz erlöchen zu lassen.

Der bald überkapitalisierte Kapitalismus arbeitet unbewußt für die zukünftige Gestaltung, für den Sozialismus. Es gilt, den Kapitalismus, der wohl noch lange das Feld behaupten wird, nicht zu

löten, sondern die gefräßige Bestie muß dressiert, zum Heil der Menschheit gebrauchsfähig erzogen werden. In diesem Sinne kann selbst die Arbeit eines Stinnes nutzbringend für die leidende Menschheit in die Zukunft weisen.

Wir Gewerkschaftler können in den Gestaltungsprozess fördernd eingreifen, wenn wir in unsern eignen Reihen versuchen, praktischen Sozialismus zu treiben.

Die Frage aber, ob die Arbeiterschaft alles getan hat, um dem Samen des Sozialismus in ihren Reihen leimfähigen Boden zu bereiten, werden wir alle verneinen müssen. In was fehlt es? Auch an der Wahrheit und Ehrlichkeit gewerkschaftlichen Geschehens! Es ist doch sonderbar, daß die ganze Arbeiterschaft und darüber hinaus von unwürdigen Zuständen in diesem und jenem Gewerbe erst dann etwas erfährt, wenn zwischen Unternehmer und Arbeiter Differenzen ausgebrochen sind. Ich erinnere an ekelhafte Zustände in Bäckereien, Schlächtereien, Molkereien usw., neuerdings, beim Landarbeiterstreik in Schlesien, an verfaulte langjährige Getreidemengen auf den Böden der Gutsbesitzer usw. Solange die Arbeiter der betreffenden Betriebe aufzieden arbeiten, hält sie die Angst vor dem Verlust des täglichen Brotes davon ab, der Öffentlichkeit die Wahrheit unwürdiger Zustände, verderblich für die Allgemeinheit, mitzuteilen. Erst wenn der Betrieb sich hinter ihm geschlossen hat, hat der Arbeiter den Mut, Mißstände an das Tageslicht zu bringen.

Erziehung zur Wahrheit ist Vorbedingung für den Sozialismus! Hierzu beizutragen, ist Aufgabe aller Verbandsvorstände der Gewerkschaften und setzt voraus, daß die Verbandsvorstände im Verkehr untereinander die Wahrheit pflegen.

Und nun, lieber Verbandsvorstand, hätte ich die Bitte, hier helfend einzugreifen. Wir sind ja dem ADGB. angeschlossen, und es wird dort wohl unsere Stimme nicht ohne Kraft sein. Es muß dort einmal ausgesprochen werden, daß die egoistische Triebfeder der im Wirtschaftsleben günstig dastehenden Gewerkschaften etwas gebremst werden muß, soll das Wort Sozialismus nicht ein ganz leeres sein.

Saben wir nicht alle ziemlich den gleichen Hunger, das Bedürfnis nach anständiger Bekleidung, das Verlangen nach Kulturgenüssen usw.? Wenn wir die Stundenlöhne der einzelnen Gewerbe miteinander vergleichen, fällt uns auf, daß manche Gruppen das Vierfache anderer Gruppen für sich buchen. Auf wessen Kosten? Doch auf Kosten der Allgemeinheit.

So haben wir beispielsweise gesehen, daß die Bergarbeiter ihre Löhne steigerten, indem sie ihren Herren Monopolpreise gestatteten. Wir bezahlen heute mit der Kohle eine Menge Steine, die uns der Bergarbeiter (denn wer sonst?) unter die fast unerlöschliche Kohle mengt. In Vorkriegszeit fand sich wohl auch mancher Stein in der Kohle, aber heute ist es einfach empörend, was uns zu bezahlen zugemutet wird. Hier muß im ADGB. einmal ein deutliches Wort mit den maßgebenden Führern gewechselt werden. Dazu sind unsere Vertreter im ADGB. wohl imstande. Die ganze Kollegenchaft steht geschlossen hinter dem Verbandsvorstand, wenn er in diesem Sinne arbeitet. Hier muß gehandelt werden, nicht in Worten, sondern in Taten, soll die Klasseneinteilung innerhalb der Arbeiterschaft nicht noch mehr auseinanderbreitend wirken.

Die Erwerbslosen- und Kurzarbeiterfrage fängt an, brennend zu werden. Es besteht die Gefahr des Kampfes aller gegen alle, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden, die Existenzminimumfrage der Erwerbslosen vernünftig zu regeln. Was bisher geschah, bedeutet weiße Salbe. Auch hier bietet eine Aussprache im ADGB. Gelegenheit, zum Handeln zu drängen. Haben wir Opfer gebracht zur Aufrechterhaltung einer Republik, die sich heute als rein kapitalistisch-arbeiterfeindlich zeigt, so verlangen wir, daß alles getan wird, den Abrutsch in das Elend endlich durch eine befreiende Tat aufzuhalten.

Diese befreiende Tat muß von den Gewerkschaften ausgehen, da die maßgebende politische Arbeiterpartei alles Heil vom Stimmzettel erwartet und ruhig zuschaut, wie nichtstöhnende Vater das Haus, in dem wir alle wohnen wollen, schon in den Grundmauern so schwach bauen, daß der Zusammenbruch des Bauwerks vor aller Augen erfolgen muß. Warum jagen wir die Stümper nicht vom Bau und lassen sie das von uns mühsam zusammengesammelte Baumaterial verpaten? Will man etwa warten, bis das bisshen noch vorhandene Energie völlig flühen geht?

Der Menschheit mangelt es nicht an Essen, Kleidung, Wohnungen, Möbeln usw. Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge und Arbeitskräfte sind mehr als genug vorhanden. Es fehlt nur an planmäßiger Verteilung! Die heutigen Herren der Welt sind nicht imstande, die planmäßige Verteilung zu betreiben, da sie für ihre eignen, egoistischen Triebe arbeiten. Sollen wir warten, bis der denkfaulen Masse der Stimmzettelerstand kommt? Oder sollen wir uns mehr und mehr schwindenden Kräfte nicht einsetzen für einen ordentlichen Bau des gemeinschaftlichen Hauses?

Diese Fragen müssen bald im ADGB. mit greifbarem Resultat zur Aussprache kommen ohne Geheimnistämerei. Die Buchdrucker im ADGB. müssen zeigen, daß der Name Moniere der Arbeiterbewegung nach Klang hat, mögen auch Vertreter anderer Gewerkschaften im ADGB. darüber die Nasen hochziehen.

Also, lieber Verbandsvorstand, ich weiß, du weißt oft nicht, wo du zuerst anfangen sollst, aber hier ist eine Aufgabe, die des Schweiges der Ecken wert ist.

Breslau.

Wili Hippel.

Der Weg aus dem Elend

Immer neue Lohnerhöhungen und trotzdem weitere Verschlechterung unsrer Lage, das ist die Signatur des Tages. Wie helfen wir dem ab? So, wie es den Buchdruckern geht, so geht es der übrigen Arbeiterschaft und einem Teil des Bürgertums auch; alles versinkt ins Elend. Wenn man gezwungen ist, sich einen neuen Anzug oder dergleichen anzuschaffen, dann wird einem erst die schälechte Lage klar, in der man sich befindet. Das Elend ist vom kleinen Pfälzchen zu einem riesenstarken Baum geworden. Wollen wir dessen Wurzeln bloßlegen, so müssen wir tief graben bzw. weit zurückgreifen.

Bismarck stellte das Staatsinteresse allem voran und wollte es nicht den egoistischen Zielen und Interessen der damaligen konservativen Partei opfern. Diese Partei vertrat in jener Zeit in zunehmendem Maße einseitige Interessen der Landwirtschaft. Das war etlichen Männern dieser Partei nicht nach ihrem Geschmack. Deswegen gründete man die Reichspartei, oder man ging zu den Nationalliberalen. Der Zollkrieg der neunziger Jahre brachte eine ungeheure Stärkung des Konservatismus durch die Agrarier. Caprivi vertrat auch den Bismarckischen Standpunkt, indem er mit Bezug auf die Konservativen meinte, daß diese aus politischen Gründen wirtschaftliche Opfer bringen müßten.

Deutschland hat seit Bismarck noch keinen bedeutenden Diplomaten gehabt; seine Nachfolger standen noch im Banne seiner Ansichten. So äußerte auch Bülow vor seinem Rücktritt: „Die konservative Partei grüßt sich ihr eignes Grab, wenn sie die Zeichen der Zeit nicht versteht.“ Auch eine Aeußerung Bethmann-Hollwegs ist wert, nicht vergessen zu werden, nämlich die: „Die Konservativen mögen den Bogen nicht überbannen.“ Das heißt mit andern Worten: die Konservativen bzw. Agrarier sollten ihre Interessen nicht den Staatsinteressen voranstellen.

Es ist Tatsache, daß Deutschland mit seiner verdamnten Zollpolitik sich die ganze Welt zum Feinde gemacht hat. Die Forderungen der Agrarier nach Erhöhung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel wurden immer unverschämter. Man sprach damals mit Recht von einer Zollschubpolitik zugunsten der Landwirtschaft. Nachdem der Einfuhrzoll von 3 auf 5 M. pro Doppelpfund erhöht worden war, erklärte — ich glaube, es war im Jahre 1912 — Rußland rund heraus, daß es überhaupt kein Interesse mehr habe, mit Deutschland einen Handelsvertrag abzuschließen. Noch deutlicher wurde der Rosatenführer Rennekamp, der wunschraubend erklärte, er möchte die blühenden Güren Deutschlands einmal seinen Rosaten preisgeben. Anscheinend, auf daß Deutschland ohne russische Lebensmittel überhaupt nicht mehr fertig werden könne. Der russische Standpunkt war damals der, weil Rußland unsere Industrie zum Teil beschäftigte, müßte Deutschland seine fehlenden landwirtschaftlichen Produkte, wie Korn, Vieh usw., aus russischen Überschüssen decken. Aber das war nicht nach dem Geschmack unsrer Agrarier. Man suchte alle möglichen Argumente in das Feld zu führen (z. B. die Einschleppung von Viehseuchen), um die russischen Lebensmittel fernzuhalten. Die deutschen Agrarier haben oft kräftige Worte gesprochen, aber so kräftig und mannhaft fühlte sie sich doch nicht, um es mit der ausländischen Konkurrenz aufzunehmen. Die deutsche Industrie steht in dieser Beziehung anders da, die ist wegen ihrer Konkurrenzfähigkeit gefürchtet.

Aber bleiben wir bei den Agrariern. Vor dem Kriege waren sie geschützt durch die Zollschuttmauer. Man erinnere sich an die Zeit vor dem Kriege, wo die Stadt Berlin in Rußland einen Viehaufläufer hatte, der das Vieh in Warschau schlachten ließ und es dann nach Berlin schickte. Dieser Fleischimport bedeutete tatsächlich für die Berliner Bevölkerung keine Erleichterung, denn das ganze Pfund stellte sich um 10 Pf. billiger. Man erzählte sich damals in Berlin, der Viehaufläufer in Rußland hätte sich dabei gesund gemacht. Aus der ganzen Angelegenheit ersehen wir, daß schon damals Fleischmangel herrschte. Denn wenn damals inländisches Fleisch vorrätig gewesen ist, so ist es dieselbe Lage wie heute: Durch die Knappheit an Schlachtvieh stiegen die Preise dermaßen an, daß eben die große Masse des Volkes sich kein Fleisch mehr leisten kann. Dann kommen die ganz Schlaunen und sagen: „Ach, Fleischnot gibt's ja gar nicht; es ist ja genug Fleisch da, bloß es fehlen einem die Moneten, es zu kaufen.“ Auf diese Art und Weise wird tatsächlich die ganze Bevölkerung zum Narren gehalten.

Doch bleiben wir bei der Sache. Während des Krieges schloß der Feind Deutschland fast lückenlos vom Auslande ab. Augenscheinlich wollte er neben unsrer Niederriangung uns beweißen, daß es doch eigentlich ein Widerstand sei, hohe Einfuhrzölle auf Lebensmittel zu erheben, wenn sie Deutschland dringend braucht. Nach dem Wahspruche, „sich möglichst unabhängig vom Auslande zu machen durch erhöhte einheimische Erzeugung“, haben wir nun gerade lange genug an uns herumgedoktert, aber mehr zu essen hat es nicht gegeben.

Nach dem Kriege soll nun wieder die schlechte Waluta daran schuld sein, daß wir nicht genügend Lebensmittel einführen können. Aber, muß man da fragen, ist die schlechte Waluta nicht eine Folge unsrer verkehrten Wirtschafts- und Zollpolitik? Ich habe den Eindruck, daß Deutschland nur wegen seiner Zollschubpolitik für so reaktionär angesehen wird. Das Ausland denkt über Deutschland noch genau so wie früher; nämlich, daß hier noch alles nach der agrarischen Pfeife tanzt. Die Regierung braucht die Goldwölle für die Reparationsleistungen. Ja, ist denn die Ernährung des Volkes nicht wichtiger als die Reparationen? Daß die heutige Politik der Regierung nicht die richtige ist,

das beweist unsre schwierige Lage. Jetzt muß die Regierung die Devisen nehmen und die Mark künstlich stützen.

Wachsen wir doch die Grenzen auf, lassen wir die Zölle verschwinden, dann haben wir keine Lebensmittelknappheit mehr! Wir werden in der ganzen Welt befehlt werden, unsre Valuta wird in die Höhe laufen usw. Wir zeigen dann der Welt, daß wir mit andern Nationen Handel treiben wollen, daß wir einführen wollen, was uns fehlt, und ausführen, was wir übrig haben. Deutschland ist zu zwei Drittel Industrie- und nur ein Drittel Agrarstaat. Wo bleiben denn heute die Milliarden, die die Industrie verdient? Sowie sie nicht für Löhne und Gehälter und zur Einführung von Rohstoffen benutzt werden, wohl zum größten Teile im Auslande. Soll denn etwa deswegen länger gearbeitet werden, damit diese ausländischen Bankguthaben oder die infändischen Devisenreicherthümer ins Ungemessene anwachsen?

Es ist wirklich an der Zeit, daß wir mit unsrer Zollschutzwall brechen. Deutschlands frühere Reichstänzer haben sie genügend gekennzeichnet und vor Übertreibung gewarnt. Die beiden Worte Staatsinteresse — Agrarinteresse sagen alles. Soll das Staatsinteresse auch heute wieder leiden? Haben wir nichts aus der Vergangenheit gelernt? Denkt denn ein Mensch in Deutschland, daß diejenigen ausländischen Staaten, gegen die sich doch letzten Endes unsre Zollmaßnahmen richten, sich das ruhig gefallen lassen werden? Nein, sie werden mit uns schädlichen Zöllen antworten oder uns mit Krieg überziehen. Darum müssen wir, die Arbeiterschaft, diese Fragen zur Diskussion stellen und bei voller Klärung die Konsequenzen ziehen. Die Anpassung der Löhne an die Lebensmittelpreise schafft uns nur ein kurzes Aufatmen, sie beseitigt nicht die Lebensmittelknappheit. Auch von einer andern Regierung oder Regierungsform können wir nichts erwarten, denn die wirtschaftlichen Bedürfnisse eines Landes ändern sich so leicht nicht.

Berlin.

E. W.

Korrespondenzen

Berlin. (Generalversammlung am 25. Juli.) Tagesordnung: 1. Das Problem des wertbeständigen Lohnes. Referent: Dr. Kucharski. 2. Bericht von den Lohnverhandlungen. 3. Festsetzung der Beiträge und Unterstufungen. Den ersten Punkt behandelte der Referent in anerkennenswerthem Vortrag unter der größten Aufmerksamkeit der Versammlung. In anschaulicher Weise ging er den Ursachen der wohnsinnigen Preisentwicklung nach, untersog die Weltwirtschaftslage sowie die Weltproduktion einer eingehenden Betrachtung, stellte beide der Wirklichkeit gegenüber, um dann die scharfe Sonde der Kritik gegen die gesamte Steuer- und Finanzpolitik der Regierung anzuheben. Mit charakteristischen Beispielen beleuchtete der Redner die „Technik der Steuerbrückenergerlei“ der Besitzenden gegenüber der reißlosen Erfassung des Einkommens der Lohnarbeiterschaft trotz fortgesetzten Sinkens ihrer Lohnquote. In äußerst interessanter Weise behandelte er die gesamten Zusammenhänge in diesem großen Fragenkomplex, kam auf die unsehenswerten Auswirkungen der Inflation der „Papierlappen“ zu sprechen, ebenso auf die verfehlte Markstützungspolitik, die in Wahrheit zur Markstützungsaktion führte, um schließlich den Nachweis zu führen, daß die Regierung mit ihrem Lavieren und ihren Halbheiten einen beträchtlichen Teil der Schuld an dem heutigen Elend auf sich zu nehmen habe. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Referent auf die verschiedenen voneinander abweichenden Vorschläge über die Art der Einführung wertbeständiger Löhne zu sprechen, ebenso auf die verschiedenartig errechneten Indizes. Seine Grundeinstellung ging dahin, daß die Gewerkschaften ihre ganze Stobkraft auf die Wertbeständigmachung der Löhne zu konzentrieren haben, um aus der Misere der permanenten Lohnverhandlungen herauszukommen und Zeit zu gewinnen zur Erfüllung notwendiger anderer gewerkschaftlicher Aufgaben. Die Voraussetzung hierfür sei aber die so bitter der Arbeiterschaft nottunende Disziplin, Einigkeit und Geschlossenheit. Eine kurze Diskussion, die sich im zustimmenden Sinne bewegte, folgte dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrage. Hierauf berichtete Kollege Braun über die Lohnverhandlungen und den am 19. Juli von dem Zentralratsprüfungsamt gefällten Schiedsspruch. Obgleich sich die Gehilfenvertreter speziell mit dem Abkommen für die zweite Woche (vom 28. Juli bis 3. August) nicht befremden konnten, wurde demselben dennoch zugestimmt aus den vom Redner des näheren dargelegten Gründen und hauptsächlich deswegen, weil schon einige Tage später die Kommission zur Wertbeständigmachung der Löhne ihre Arbeiten beginnen sollte. Der Kampf um den Grundlohn und die Festsetzung eines Wertmaßes sei jetzt unbedingtes Erfordernis. Die Diskussion erbrachte neben schärfster Kritik die Einmütigkeit in der Ablehnung des Abkommens. Die von einem Großbetrieb eingereichte Resolution machte sich die Versammlung zu eigen; die erstere hat folgenden Wortlaut: „Die heute (am 24. Juli) versammelte Gehilfenchaft der Firma H. S. Hermann & Co. steht in dem Resultat der letzten Lohnverhandlungen eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage. Sie betrachtet eine Lohnzulage von 63 resp. 80 Proc. als vollkommen ungenügend zu einer Zeit, in der sich die Kosten der Lebenshaltung unausgesetzt in unübersehbarer Weise steigern. Die Versammlung beauftragt daher ihre Vertreter, in der Generalversammlung dieses Abkommen abzulehnen und sofort neue Verhandlungen zu verlangen. Darüber hinaus ist vom VOBZ zu verlangen, daß unverzüglich eine Aktion der gesamten Arbeiterschaft zur

Hebung der Lage aller Werktätigen eingeleitet wird.“ Eine weitere in ihrer Auswirkung stärkere Resolution fand keine Zustimmung. Zum dritten Punkt referierte Kollege K. L. Brecht: Nachdem der Verbandsvorstand den Beitrag auf 20 000 M. festgesetzt hat, erhöht sich nach den Beschlüssen des Gauers der Gaubeitrag auf 30 000 M. Durch die Heraushebung des Beitrages kommt der Vorstand in die Lage, auch die Unterstufungssätze im Gau angemessen zu erhöhen. Wenn die vom Vorstand in Vorschlag gebrachte Sätze Annahme finden, würde die Belastung des Gauers 50 Millionen pro Woche betragen. Damit sei aber auch die Leistungsmöglichkeit vollkommen erreicht. Die Versammlung stimmte den gemachten Vorschlägen ohne Debatte zu.

Hamburg-Altona. Am 24. Juli nahm eine Vertrauensmännerversammlung Stellung zu den letzten Lohnverhandlungen. Kollege Kunzler erstattete Bericht und legte die Gründe dar, die die Mehrheit der Gehilfenvertreter bewog, dem Schiedsspruch zuzustimmen. In der erregten Aussprache kam große Erbitterung und die allgemeine Unzufriedenheit mit den besonders für Hamburg günstigen ungenügenden neuen Löhnen zum Ausdruck. Bis zu einer halben Million wöchentlich hinte man in Hamburg hinter andern Arbeitern her. Dabei wurde die Annahme des Schiedsspruches scharf kritisiert und teilweise sofortigem örtlichen Vorgehen das Wort geredet. Die zentrale Regelung müsse schleunigst der bezirklichen Platz machen. Ein Antrag, der über die Frage der bezirkweisen Regelung der Löhne eine Urabstimmung verlangte, fand gegen einige Stimmen Annahme. — In der gleich darauf folgenden Mitgliederversammlung kam noch einmal die große Unzufriedenheit mit den neuen Löhnen zum Ausdruck. Nur durch Mit- und Heimarbeit der Frauen könne man sich über Wasser halten. Die bezirkweise Regelung müsse endlich kommen. Ein Antrag, den Verbandsvorstand telegraphisch zu ersuchen, schon am Donnerstag, dem 26. Juli, Verhandlungen über Erhöhung der Löhne ab 28. Juli zu verlangen, fand einstimmige Annahme. Dann hielt Genosse Sonnenschein einen außerordentlich interessanten Vortrag über „Wertbeständige Löhne“. Er betonte, daß wertbeständige Löhne bestenfalls unsre Lage etwas erleichtern und Kräfte für andre Aufgaben freimachen könnte. Ohne Schaffung einer festen Währung und ohne Besserung des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Konsum kämen wir aber nicht aus dem Elend heraus. Stilllegung der Notendrucke erfordere Erfassung der Sachwerte; diese sei nur möglich durch eine entschlossene Politik der Arbeiterklasse.

Elmsborn. Trotz mancher Enttäuschung über die Ergebnisse der zentralen Lohnverhandlungen hat der Ortsverein Elmsborn-Barmstedt bisher Ruhe bewahrt. Selbst die Ablehnung unseres so berechtigten Antrages auf Erhöhung des Lokalaufschlags hatte uns nicht verleiten können, die Disziplin zu brechen. Wie aber in unsrer Versammlung das jüngste, vollkommen ungenügende Ergebnis bekannt wurde, da kam die Verzweiflung zum Ausbruch. Hatten wir doch in der letzten Woche für den halben Lohn gearbeitet wie andre Arbeiterkategorien. Nur das Verantwortungsgesühl dem Verbands gegenüber hielt die Kollegen vom Rückzug zurück. Folgende Resolution wurde dem Gau- und Verbandsvorstand übermittelt: „Die am 21. Juli 1923 im „Jugendheim“ zu Elmsborn tagende Versammlung des Ortsvereins Elmsborn-Barmstedt des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nimmt entkräftet Kenntnis von der neuen Lohnverhöhung für die Wochen vom 21. bis 27. Juli bzw. vom 28. Juli bis 3. August 1923. Diese Lohnverhöhung bringt uns nicht mehr das Nötigste für unsre Existenz und untergräbt damit das ganze Vertrauen zu unsern Vertretern. Deshalb beantragen die Kollegen von Elmsborn, eine außerordentliche Gauversammlung für Schleswig-Holstein nach Neumünster einzuberufen, um Stellung zu nehmen zur ganzen Lohnfrage und uns vor der gänzlichem Verelendung zu schützen.“

Stolberg (Rhd.). Zum erstenmal wieder seit 1914 feierte der hiesige Ortsverein am 23. Juni sein Johannisfest. Unser Bezirksvorstand hatte es sich nicht nehmen lassen, trotz der schlechten Fahrgelegenheit zu erscheinen. Das Fest nahm einen schönen Verlauf.

Allgemeine Rundschau

Der Banknotendruck. Für den Banknotendruck werden, wie uns aus Berlin mitgeteilt wurde, von den verschiedensten Firmen ständig Überstunden und Sonntagsarbeit verlangt insoweit Anforderungen der Reichsbank. Bei der großen Anzahl der vorhandenen Konditionslosen — zur Zeit über 1300 in Berlin, davon 230 Drucker — mußten natürlich berartige Forderungen abgelehnt werden. Wenn auch der große Bedarf von Banknoten nicht verkannt werden darf, so muß andererseits aber verlangt werden, daß dann eine größere Anzahl von Firmen mit dem Banknotendruck beauftragt wird, um auf der einen Seite Arbeitskräfte unterzubringen und auf der andern größeren Lieferungen zu ermöglichen. Von Interesse für die übrigen im Reich im Banknotendruck beschäftigten Kollegen dürfte es sein, daß bei Verweigerung der Sonntagsarbeit wiederholt die Drohung ausgesprochen wurde, der Auftrag gehe dann in die Provinz, wo ohne Widerspruch Sonntagsarbeit geleistet werde. Also, Kollegen, handelt foltdarisch!

Eine bayerische Aktion zur Papierpreisfestsetzung. Dem Vorgehen des Reiches folgend, hat nunmehr auch die bayerische Regierung eine Aktion zur Vinderung der Notlage der Presse eingeleitet. Ein vom Finanzministerium bei der Beratung des Hofstaats im Haushaltsausschuß gestellter Antrag geht dahin, daß der Notkass der bayerischen Verleger bis auf weiteres monatliche Zuwendungen in einer Höhe gewährt werden sollen, daß der Preis des Druckpapiers für den Textteil jeweils um 6 Proc. mehr gesenkt

wird, als dies durch die Reichszuschüsse allein der Fall wäre. Die Gewährung der Zuschüsse erfolgt unter der Verpflichtung der Verleger, daß hiervon 1 Proz. an die Unterstützungskasse des Landesverbandes der bayerischen Presse abgeführt wird. Die Aktion der bayerischen Regierung fand die Billigung familiärer Parteien.

Höhere Schlüsselzahl im Buchhandel. Mit Wirkung vom 27. Juli an ist vom Börsenverein der deutschen Buchhändler die Schlüsselzahl auf 30000 erhöht worden.

Teuerung und Lebensmittelknappheit. Im Laufe der Zeit hat die Masse der arbeitenden Bevölkerung das fortgesetzte Steigen der Teuerungswellen mit einer fatalistischen Abgestumpftheit hingenommen, wenn dafür auf dem Lohngebiet wenigstens ein kleiner Ausgleich zu erzielen war. Was sich jedoch innerhalb der beiden letzten Wochen in der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung ereignet hat, das übersteigt tatsächlich alles bisher Dagewesene. Das Ausmaß der Teuerung ist mit dem wahnwitzigen Steigen des Dollars ins Ungeheuerliche gestiegen, und zu allem läßt das Gespenst brohender Lebensmittelknappheit Not und Elend im deutschen Volke immer mehr fortschreiten. Angesichts einer solchen Entwicklung scheint der gewerkschaftliche Lohnkampf zur Sisyphusarbeit herabzusinken, und es bleibt kein andres Mittel übrig, als die Reichsregierung vorwärtszutreiben, damit sie in letzter Stunde von Worten zu Taten übergeht. Diese sind zu erblicken in der Sicherstellung der Ernährung, in der gesetzlichen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung, in der Schaffung eines neuen Kredit- und Steuersystems zur Stärkung der Reichsfinanzen und zur Unterbindung der fortgesetzten Geldentwertung. Nur wenn auf diesen Gebieten etwas Durchgreifendes geschieht, wird der Ruf nach Besonnenheit, den der eben veröffentlichte Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung erhebt, auf Gehör rechnen können. Im andern Falle wird der Unmut über die zum Himmel schreienden wirtschaftlichen Mißstände binnen kurzem zur Entladung kommen. Alle noch so vernünftigen Erwägungen vermögen bekauntlich nichts auszurichten gegen knurrende, hungerige Mägen.

Fünfmillionenbanknoten. Die demnächst zur Ausgabe gelangenden Reichsbanknoten zu 5 Millionen Mark sind auf weißem Papier gedruckt und 80 mal 190 Millimeter groß. Sie zeigen an der linken Kante in der Durchsicht ein aus zwei sich kreuzenden Bändern bestehendes Wasserzeichen. Das eine Band ist durch dunkle Linien begrenzt und enthält die helle Ziffer „5000000“, während das andre zwischen hellen Linien in dunkler Schrift das Wort „Mark“ trägt. Die Wirkung dieses Wasserzeichens wird dadurch erhöht, daß dieser Papierstreifen grünlich gefärbt ist und orangefarbene eingebettete Fasern enthält. Die Wertangabe ist in kräftigen gotischen Buchstaben hergestellt. Die gleiche Schriftart ist für das Wort „Reichsbanknote“, für die Tagesangabe und für die Unterschriftsstelle verwendet. Rechts und links von den Unterschriften befindet sich je ein Stempel. An der rechten Seite steht quer die Strafandrohung, links neben dem Wasserzeichen in roter Farbe die Reihenbezeichnung und Nummer. Die Noten sind nur einseitig bedruckt und zeigen eine von oben nach unten gehende Ripfelung des Papiers.

Lohnsteuer und Geldentwertung. Der Steuerausgleich des Reichstags nahm am 24. Juli eine Anpassung der Ermäßigungsätze bei der Lohnsteuer an die Geldentwertung vor, gemäß einem schließlich einstimmig angenommenen sozialdemokratischen Antrage auf Dvervierfachung der Ermäßigungsätze. Die zulässigen Abzüge betragen demnach vom 1. August ab für das Existenzminimum für Mann und Frau monatlich je 24000 M., wöchentlich 5760 M., täglich 960 M., stündlich 240 M.; für jedes Kind monatlich 16000 M., wöchentlich 3840 M., täglich 640 M., stündlich 160 M.; für die Werbungskosten monatlich 20000 M., wöchentlich 4800 M., täglich 800 M., stündlich 200 M. Das steuerfreie Einkommen beträgt daher monatlich für ein Ehepaar ohne Kinder 2,48 Millionen M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern 5,68 Millionen Mark, für ein Ehepaar mit vier Kindern 8,88 Millionen Mark.

Neue Vorschriften für den Steuerabzug. Vom Reichsfinanzministerium wurden kürzlich gedebnete Vorschriften für den Steuerabzug erlassen. Auf Antrag kann jetzt das Finanzamt einzelnen Arbeitgeberern gestatten, daß sie die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung für Lohnzahlungen vom 1. bis zum 15. eines Kalendermonats bis zum 25., für Lohnzahlungen vom 16. bis zum Monatschluß bis zum 10. des folgenden Monats einkleben und entwerten. Weides muß aber spätestens beim Ende des Arbeitsverhältnisses geschehen. Die Pflicht der Einbehaltung wird dadurch nicht berührt. Auf Antrag kann gestattet werden, daß die einbehaltenen Beträge statt nach jeder Zahlung für Zahlungen vom 1. bis 15. bis zum 25., für Zahlungen vom 16. an bis zum 10. des folgenden Monats abgeführt werden. Es muß in diesem Falle eine Versicherung über die Richtigkeit der Rechnung beigelegt werden.

Fahrpreiserhöhung und Arbeiterfahrkarten. Die vom 1. August an eintretende Fahrpreiserhöhung auf den deutschen Reichseisenbahnen steigert die für Arbeiter ohnehin unerträglichsten Fahrpreise in der dritten und vierten Wagenklasse um weitere 250 Proz. Für Arbeiter, die gezwungen sind, weit vom Wohnort in Arbeit zu treten, bedeutet diese Erhöhung eine unerhörte Belastung des sowieso unzulänglichen Verdienstes. Für Arbeiter- und Wochenfahrkarten wird seitler Fahrpreiserhöhung nur bis 150 Kilometer Entfernung vom Wohnort gewährt. Liegt der Wohnort über diese Entfernung hinaus, dann ist der volle Fahrpreis zu zahlen. Dieser Zustand führt dazu, daß viele Arbeiter es vorziehen, nur monatlich oder in noch viel längeren Zeitabständen ihre Familie zu besuchen. Durch die erhöhten Fahrpreise vom 1. August an werden sich viele Familienmitglieder gezwungen sehen, die Beziehungen zu ihren Familien noch mehr als bisher zu lösen. Der chronische Wohnungsmangel verhindert sie daran, am Arbeitsort überhaupt eine Wohnung zu finden, und wenn wirklich nach Überwindung

vieler Schwierigkeiten eine solche gefunden ist, dann scheitert der Wohnungswechsel an den riesigen Umzugskosten. Man hätte nach alledem erwarten dürfen, daß das Reichsverkehrsministerium mit der neuen gewaltigen Fahrpreiserhöhung eine weitere Vergünstigung für Arbeiterfahrkarten eintreten lassen würde. Nichts ist indes bis jetzt darüber bekannt geworden. Aus diesem Grunde hat der Vorstand des VDBV, die Reichsministerien auf die unsoziale Wirkung der neuen Fahrpreise hingewiesen und eine durchgreifende Vergünstigung für Arbeiterfahrkarten verlangt, die auf alle Entfernungen innerhalb des Reichseisenbahngebiets ausgedehnt ist. Es wird erwartet, daß die Regierungsstellen sich den vorgetragenen Gründen nicht verschließen und so schnell wie nur möglich eine dahingelende Verkannmachung erlassen.

Resultat der Wahlen zum Metallarbeiterverbandstag. Über die Verbandstagswahlen im Metallarbeiterverband lag bis 28. Juli ein Ergebnis vor, das einen Anhalt bietet über die Verteilung der heftigsten Mandate zum Verbandstag, der im September in Kassel stattfindend wird. Es sind gewählt 204 Delegierte der Amsterdamer und 112 Delegierte der Moskauer Richtung. Die Wahlergebnisse von Bayern waren noch nicht bekannt. Im Gesamtergebnis wird dadurch jedoch nichts geändert werden. Im Ausfall der Wahlen spiegelt sich in erster Linie die Unzufriedenheit der Metallarbeiter über die verheerenden wirtschaftlichen Mißstände wider, weniger ihre wirkliche politische Einstellung. Bezeichnend ist die kommunalistische Niederlage im Bezirk Halle a. d. S., wo die Arbeiter unter der Kommunistenhegemonie im besonderen Maße Gelegenheit hatten, Theorie und Praxis untereinander zu lernen.

Briefkasten

Bewerbestenbrenner in Dr.: Die Angaben des H. H. sind so zweifelhafter Natur, daß wir über diesen Fall erst Erkundigung bei dem zuständigen Sektionsvorsitzenden einholen müssen. — **F. S. in E.:** Dazu wird der „Korr.“ nicht hergegeben, daß ein einzelner bei dem nun gekommenen Zusammenbruche Deutschlands sich hinlegt und den Stein der Weisen erfindet, indem er die Organisationsverträge unter Kritik vor den Mägen der Unwissenheit stellt. Da wir wissen, daß das, was unser Tariffortreter zu leisten haben, kein Kröten mehr ist, sondern Schlunderer, kann der Artikel nur aufgenommen werden in der von uns gewählten sachlichen Form. — **A. in Fr.:** Der von Ihnen beschriebene Weg ist nicht der richtige. Wenn Sie jedoch nachweisen können, daß an dieser Stelle etwas bewegt schon in Versammlungen Kritik geübt worden ist, ohne daß Abhilfe nachher eintrat, und der Vorstand dort nun mit dieser öffentlichen Kritik einverstanden ist, dann könnte Aufnahme erfolgen. Die Redaktion hat ja doch auch in Betracht zu ziehen, was diese eine Knurrengrung an weiterer Raumbeanspruchung zur Folge haben kann. — **F. S. in R.:** Seit bewahre, das ist doch nicht „kleinliche Bemängelung“! Dieses vierseitige Kompendium von letzten Beantkandungen, falschen Behauptungen und nicht so kleinen Bosheiten ist ein wahres Labfal von Großglosigkeit! Den Inhalt der Postkarte können wir gar nicht; wir lehten Aufnahme wegen Straßporto ab. Dieses kam tatsächlich von dem zu großen Format her. Daß dies in Bayern trotzdem unbeanstandet blieb, entschie sich unser Einwirkung; in Bayern ist ja verschieden anders als sonst in Deutschland. „Das bishigen Straßporto“ immer zu tragen auf Verbandskosten, geht nicht an; bei unserm großen Postverbe könnte das ja etwas werden. Sie müssen andre Bewerberblätter gar nicht zu Gesicht bekommen. Die Breite ist eine 14 1/2. Sehen Sie sich nur die Lohnabellen an — wie könnte es damit nach Ihrer Ansicht anders gehen? Das lokale und gesamte Kolort paßt wunderbar auf den geltungsmordenden Papierpreisen. Ein tüchtiger Sachmann, den wir mit Ihrem Schreibverbie helmsuchten, steht seitdem Gespenster am helllichten Tage. Wir haben uns auch etwas babel geholt. — **F. S. in R.:** Der „Altmich“ ist dafür das geeignete Organ. — **F. R. in Kempten:** Wegen des diamalen Angebot des bekannten Dörbinger Tarifverrichters Schulz zu den übrigen, von tarifreuen Beschlüssen unbrachten Angeboten. — **A. in E.:** 11000 M. — **Ph. G. in W.:** 20000 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissoplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1101
Postfachkonto: Berlin Nr. 10287 (S. Schweinlg)

Bekanntmachung

Bezahlung der Jahresberichte

Eine Anzahl Ortsvereine ist mit der Bezahlung der Jahresberichte noch im Rückstand. Sie ersuchen um umgehende Einfindung auf unser Postfachkonto Berlin Nr. 10287 (S. Schweinlg). Wer bis 10. August dieses Aufforderung nicht entpfordert hat, wird an dieser Stelle veröffentlicht.
Der Vorstandsvorsitz.

Gau Mecklenburg-Vorpommern. Der Gaubeitrag beträgt vom 20. Juli ab 1000 M. wöchentlich. Gau Mittelschlesien. Unseren Mitgliedern, den Orts- und Bezirkskassen zur gest. Kenntnisnahme, daß der Gauverband auf Grund § 23 der Gauaufgaben den wöchentlichen Beitrag zur Gaukasse mit Wirkung ab 29. Juli ab 1800 M. erhöht hat. Entschuldig ist dieser Beitrag für die Woche vom 29. Juli bis 4. August 1895. Wie bitten die Vorstände, auf den künftigen „Mitteilungen“ von dieser Erhöhung des Beitrags Notiz nehmen zu wollen. Dem gleichen Termin ab erhöht sich der Verbandsbeitrag auf wöchentlich 20000 M. **Obergau.** Der Beitrag für die Gaukasse beträgt ab 29. Juli 1800 M. pro Woche. **Bezil Gera-M.** Beitragshöhe für Monat August: Verband 20000, Gau 600, Wotack 600, Witwenkasse 100, Ort Gera 10000 M.

Adressenveränderung

Hamburg. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Waldemar Reinborn, Grobneumarkt 19 II.
Mülkingen-Wilhelmshaven. Vorsitzender: D. Klackhen, Rüstingen, Schützenstraße 1 II;
Kasseler: G. Vogelklang, Rüstingen, Gerichtstraße 5 I.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):

In Gau Hamburg-Mitosa die Eger 1. Amandus Fästel, geb. in Hamburg 1876, ausgetret. das. 1896; war noch nicht Mitglied; 2. Arthur Müller, geb. in Magdeburg 1898, ausget. in Hamburg 1917; 3. Heinrich Hoff, geb. in Altona 1853, ausget. in Hamburg 1912; 4. der Drucker Edmund Schilling, geb. in Gohsarten 1879, ausget. in Plettenberg 1898; waren schon Mitglieder. — **In Gau Mecklenburg-Vorpommern** die Eger 1. der Eger Alexander Georg Petersen, geb. in Eger (Angeh.) 1881, ausget. in Kappeln (Schl.) 1910; 2. der Eger Ludwig Alexander, geb. in Kappelburg 1891, ausget. das. 1921; waren schon Mitglieder. — **Maxim Prüter** in Kiel, Schaumburger Straße 34 part.

